

# ngo-online "druckfrisch"

Aktueller Ausdruck aus der Internet-Zeitung [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

Donnerstag, 06.05.2004

## Störfall

### Leitungsleck im Atomkraftwerk Biblis

ngo-online/04.05.2004/ddp - Im hessischen Atomkraftwerk Biblis ist erneut ein Defekt entdeckt worden. Am Samstag wurde ein Leck an einer Rohrleitung für leicht radioaktive Abwässer festgestellt, wie am Dienstag das hessische Umweltministerium mitteilte. Es sei jedoch keine Radioaktivität freigesetzt worden.

Das defekte Rohrleitungsstück wurde zunächst abgedichtet. Das Rohr werde umgehend ausgetauscht, hieß es. Eine Gefahr für Personal und Umgebung habe nicht bestanden.

## Verhaftung und Folter von Landlosen in Südafrika

### FIAN fordert Aufklärung und schnellere Landreform

ngo-online/05.05.2004 - Menschenrechtler haben den südafrikanischen Sicherheitskräften und dem Geheimdienst Verhaftungen und Folterungen von Vertretern der Landlosen-Bewegung vorgeworfen. Nach Angaben des National Land Committee wurden am Tag der Parlamentswahlen, am 14. April, im südlich von Johannesburg gelegenen Thembelihle zweiundsechzig Mitglieder des Landless People's Movement (LPM) verhaftet. Das LPM hatte aus Anlass der südafrikanischen Parlamentswahlen unter dem Motto "No Land, No Vote" zu friedlichen Protesten gegen die verschleppte Landreform aufgerufen. In Thembelihle wurden sie unmittelbar nach ihrer Ankunft an dem Ort verhaftet, wo sie sich zu ihrer friedlichen Kundgebung versammeln wollten.

Drei der Verhafteten wurden demnach gegen Mitternacht des Wahltags aus ihren Zellen zu Geheimdienstverhören aus ihren Zellen gerufen. Bei diesen Einzelverhören wurden sie nach eigenen Angaben psychisch und physisch gefoltert. Die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN International hat Staatspräsident Thabo Mbeki in einem Brief aufgefordert, die Anklagen gegen die inzwischen freigelassenen Landlosen aufzuheben, die Folttervorwürfe aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Gezielte Folter an politischen Gefangenen war der südafrikanischen Regierung seit 1994 nicht mehr vorgeworfen worden. Die Landlosen-Bewegung ist seit ihren öffentlichen Demonstrationen während des UN-Umweltgipfels im August 2002 in Johannesburg regelmäßigen Belästigungen, Bespitzelungen und Einschüchterungen seitens des Geheimdienstes ausgesetzt. FIAN Sprecher Armin Paasch erklärt: "Zehn Jahre nach den ersten freien Wahlen in Südafrika sind die Menschenrechte auf Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und körperliche Unversehrtheit ernsthaft bedroht. Es zeige sich einmal mehr, dass auch soziale Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung umgesetzt werden müssten, wenn Demokratie von Bestand sein sollte.

Zehn Jahre nach Überwindung der Apartheid besitzen etwa 60.000 weiße Farmer immer noch 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während die schwarze Landbevölkerung (15 Millionen Menschen) auf schlechten Böden lebt und nicht über die nötigste Infrastruktur verfügt. Über die Landreform sind seit 1994 weniger als drei Prozent des Landes umverteilt worden. Auf Anraten der Weltbank verzichtet die südafrikanische Regierung auf die Enteignung von brachliegenden Ländereien und unterstützt lediglich den freiwilligen Ver- und Ankauf von Land. Für die arme Bevölkerung bietet das Programm kaum eine Perspektive. "Die südafrikanische Regierung muss die Landreform deutlich beschleunigen, um das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen", so Paasch. Nach zehn Jahren Demokratie wäre ein neuer Anlauf an der Zeit.

## Indonesische Umweltschützer klagen an

### "Papier Union mitverantwortlich für Waldzerstörung"

ngo-online/05.05.2004 - Vertreter indonesischer Umweltorganisationen haben das führende deutsche Papierhandelsunternehmen Papier Union aufgefordert, seine Geschäfte mit dem Zellstoffkonzern April abubrechen. April ist auf Sumatra für massive Waldzerstörung und Vertreibungen verantwortlich. Um die Forderung zu unterstützen, wandten sich heute 50 Umweltorganisationen aus aller Welt mit einem Offenen Brief an

### die Geschäftsführung des Papierunternehmens.

Longgena Ginting, Direktor des indonesischen Umweltforums Walhi, machte im Gespräch mit Papier Union deutlich: "Wer Produkte von April kauft, macht sich mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen und an der Zerstörung unserer Wälder." Rivani Noor von der Allianz der Opfer der Zellstoffindustrie CAPPa war entrüstet über Äußerungen des Marketingdirektors der Papier Union David Wischmann. Dieser hatte erklärt, Papier Union verfüge über keine schriftlich festgehaltenen Umwelt- und Sozialstandards für den Papiereinkauf, aber man habe volles Vertrauen in die Redlichkeit des Geschäftspartners April.

April betreibt auf Sumatra eine der größten Zellstofffabriken der Welt und verbraucht rund sechs Millionen Kubikmeter Holz aus Naturwald jährlich. Kein anderes Land weltweit verliert so schnell so viel Wald wie Indonesien. Um dies zu stoppen, macht Robin Wood Druck auf deutsche Unternehmen, die mit Regenwaldzerstörern zusammenarbeiten. Im vergangenen Jahr hatte daraufhin die Deutsche Post Papier von April aus dem Sortiment genommen.

Papier Union jedoch ignoriert seit über einem Jahr die Forderungen von Umweltorganisationen, das Geschäft mit April zu beenden und kauft weiter jährlich 15.000 Tonnen Papier der Marke "Paper One" des Konzerns. Für die Produktion dieses Papiers verwandelt April Jahrtausende alte Torfwälder, die Lebensraum des seltenen Sumatra-Tigers sind, in Monokulturen.

### Pro Kinderbetreuung

#### Rechtsanspruch auf Betreuung für die Kleinsten soll festgeschrieben werden

ngo-online/04.05.2004 - Eva-Maria Stange forderte am Dienstag von der Bundesregierung, Kindertagesstätten und Krippen sofort auszubauen. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sagte: "Das Versprechen der Bundesregierung, mehr Kitaplätze für die unter Dreijährigen zu schaffen, darf nicht im Wirrwarr der Arbeitsmarktreform untergehen". Wer Bildung von Anfang an ernst nehme, müsse endlich handeln. Anlass der Forderung waren Beratungen zur Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG).

Zudem meldeten immer mehr Familien dringenden Bedarf nach qualifizierter Betreuung auch ihrer jüngsten Kinder an. Nach neueren Berechnungen sei es jedoch unwahrscheinlich, dass es durch die Reform der Arbeitsmarktgesetze tatsächlich zu dem geplanten Einsparvolumen von 1,5 Milliarden Euro bei den Kommunen komme. Mit diesen Geldern sollten neue Kitaplätze für Kinder im Alter von bis zu drei Jahren geschaffen werden.

Die GEW warnte davor, jetzt einen Rückzieher zu machen. "Wenn die Bundesregierung versucht, sich vom familienpolitischen Ziel des Ausbaus von Krippen zu verabschieden oder sich mit anderen Billiglösungen, etwa Tagesmüttern, herauszumogeln, wäre dies ein weiterer Vertrauensverlust. Es darf doch nicht wahr sein, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita- und Krippenplätzen in einem der reichsten Länder der Welt an 1,5 Milliarden Euro scheitert", sagte Stange. "Wenn der Spitzensteuersatz 2005 nicht auf 42 Prozent gesenkt und Gelder aus dem Verkauf der Goldreserven in die Betreuung der Kleinsten investiert werden, kann ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot gesichert werden."

Stange forderte, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für alle Mädchen und Jungen im Alter von null bis drei Jahren jetzt festzuschreiben. "Wir hätten viel weniger Kindergartenplätze, wenn nicht 1992 der Rechtsanspruch für die Drei- bis Sechsjährigen gesetzlich abgesichert worden wäre", betonte die GEW-Chefin. Länder und Kommunen sollten eine "faire Chance" bekommen, den Rechtsanspruch einzulösen. Sie plädierte deshalb für eine Frist bis 2010, bis zu der die Vorgabe umgesetzt sein müsse.

Die PISA-Ergebnisse und die Erkenntnisse der Entwicklungsforschung bei Kindern belegten, dass in den ersten Lebensjahren die entscheidenden Weichen für die Bildungsmöglichkeiten der Menschen gestellt werden. "Es ist unverantwortlich, dass wir dieses Potenzial so leichtfertig verschleudern", sagte die Gewerkschafterin. Außerdem erfordere eine "zeitgemäße Familienpolitik", die insbesondere Frauen nicht weiter an Heim und Herd fesselt, den Ausbau einer qualifizierten Kinderbetreuung. "Frauen werden sich dann wieder für Kinder entscheiden, wenn sie deshalb nicht den Beruf an den Nagel hängen müssen", betonte Stange. Bessere Möglichkeiten der Kinderbetreuung seien deshalb auch ein wirksames Mittel gegen die beklagte Alterung der Gesellschaft.

### Greenpeace fordert

#### Erneuerbare Energien nach China exportieren

ngo-online/04.05.2004 - Anlässlich des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Berlin protestieren heute 40 Greenpeace - Aktivisten gegen den Export von Atomtechnik und für den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Die Umweltschützer bauen dafür vor dem Wirtschaftsministerium einen 20 Meter langen Originalflügel eines

### **Windrades auf. Greenpeace fordert den Bundeskanzler auf, sich nach dem geplatzten Geschäft mit der Hanauer Plutoniumfabrik nun dafür einzusetzen, dass Deutschland Hochtechnologie für Erneuerbare Energien nach China exportiert.**

"Deutschland hat erstklassiges Know-how für Erneuerbare Energien - und China hat erstklassige geographische Voraussetzungen", sagt Greenpeace-Energieexpertin Susanne Ochse. Darüber sollte Kanzler Schröder mit dem chinesischen Ministerpräsidenten sprechen, anstatt China beim Ausbau der Atomenergie zu unterstützen. Bislang gewinnt China seinen Strom hauptsächlich aus Kohle, der Einstieg in andere Energieformen steht noch am Anfang.

Dabei seien beispielsweise die Innere Mongolei und die Pazifikküste ideale Standorte für Windkraftanlagen. Nach einer gemeinsamen Studie der Europäischen Windenergie Vereinigung (EWEA) und Greenpeace könnte China bis zum Jahre 2020 rund 80.000 Windkraftanlagen installieren - das entspreche der Stromerzeugung von rund 50 chinesischen Atomkraftwerken.

Im Dezember 2003 war bekannt geworden, dass China die alte Siemens-Atomfabrik Hanau kaufen will. In Deutschland hatte dies umgehend einen breiten Protest ausgelöst. Daraufhin hatte China in der vergangenen Woche überraschend signalisiert, kein Interesse mehr an dem Geschäft zu haben.

### **"Sasser"**

#### **Angst vor Internetwurm legt Post larm**

**ngo-online/04.05.2004/ddp - Die Abwehr des neuen Internetwurms "Sasser" hat am Montag deutschlandweit das Bankgeschäft der Deutschen Post lahmgelegt. Dabei handelt es sich nach einem Bericht der in Hannover erscheinenden "Neuen Presse" (Dienstausgabe) um die längste Panne in der Geschichte des Unternehmens. Die Folgen der Attacke trafen nach Information des Blattes rund 300 000 Post-Computer im Bundesgebiet. Zahllose Kunden konnten kein Geld am Schalter abheben oder einzahlen.**

Ursache des Blackouts war dem Blatt zufolge, dass die Post als Vorsichtsmaßnahme ihren Virenschutz erhöht hatte. Diese Firewall war allerdings so hoch, dass die Rechner in den Filialen nur eingeschränkt funktionierten. "Die Angst vor dem Wurm war bei uns eben so groß, dass wir unseren Sicherungsmechanismus derart drastisch verschärft haben", sagte Postsprecher Jörg Koens der Zeitung.

Die Bahn AG sei ebenfalls von "Sasser" heimgesucht worden, habe den Software-Killer aber abwehren können. Deren Firewall habe am Montag verhindert, dass eine mutierte Sasser-Version in das Rechnernetz eindringen konnte, zitiert das Blatt Bahnsprecherin Diana Schal.

## **Politik & Gesellschaft**

### **Bundestag plane "Luftnummern"**

#### **BUND fordert grundlegende Überarbeitung der Bundesverkehrswegeplanung**

**ngo-online/05.05.2004 - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat eine grundlegende Überarbeitung der Bundesverkehrswegeplanung gefordert. Die für heute vorgesehenen Abstimmungen des Verkehrsausschusses über die Ausbaugesetze für Straßen und Bahnverbindungen hätten keinerlei finanzielle Basis und seien "reine Luftnummern". Der den Ausbaugesetzen zu Grunde liegende Bundesverkehrswegeplan 2003, der ein Rekordniveau für Verkehrsinvestitionen in Bundesstraßen, Schienen- und Wasserwege bis 2015 vorsehe, sei durch die Kürzungen im Verkehrsetat inzwischen hinfällig. Der Bundestag müsse deshalb seine Abstimmungen dazu aussetzen und die Planungen gründlich korrigieren.**

Nach der aktuellen Finanzplanung von Bundesfinanzminister Hans Eichel stünden bereits von 2004 bis 2008 rund 10 Milliarden Euro weniger zur Verfügung als ursprünglich vorgesehen. Nach Berechnungen des BUND wachse die Finanzlücke bis 2015 auf etwa 25 Milliarden. Dabei sinke der Etat für Bundesfernstraßen auf rund 4,2 Milliarden Euro leicht unter das Niveau der Vorjahre. Investitionen in die umweltfreundliche Schiene verringerten sich jedoch von 4,4 Milliarden im Bezugsjahr 2003 auf jährlich etwa 3,2 Mrd. Euro.

Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer: "Die Hauptursache für die wachsenden Lücken im Verkehrsetat ist die Finanzknappheit des Bundes und nicht - wie viele denken - die verzögerte Einführung der LKW-Maut." Statt lautstark nach immer mehr Geld zu rufen, müssten die Verkehrspolitiker aus Bund und Ländern jetzt endlich ihre Hausaufgaben machen. Eine Reform der Verkehrswegeplanung sei überfällig. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes müssten berücksichtigt werden, unfinanzierbare Wunschlisten für immer mehr Straßen seien nicht mehr

zeitgemäß.

Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe habe die Aufgabe, ein umweltgerechtes und bezahlbares Verkehrskonzept vorzulegen, dass genügend Mittel zur Instandhaltung der Verkehrsnetze und für den Ausbau des Bahnverkehrs einplane. Wenn das nicht geschehe, werde sich der Zustand der bestehenden Straßen, Schienen- und Wasserwege dramatisch verschlechtern.

Der BUND forderte, milliardenschwere Prestigeprojekte wie die ICE-Neubaustrecke Nürnberg - Halle - Erfurt oder den Bahnhofsneubau in Stuttgart aufzugeben und preiswerte Alternativen zu realisieren. Auf die Berliner Stadtautobahn A 100 müsse ebenso verzichtet werden wie auf die Zerschneidung unberührter Landschaft durch die neue vierspurige Bundesstraße B 26 bei Würzburg. Überflüssig seien auch die geplanten Autobahnen A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin sowie die A 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg. In diesen Fällen reiche ein Ausbau vorhandener Bundestrassen völlig aus.

## Fairer Handel

### Kampagne "Fairness für Kinder" gestartet

ngo-online/05.05.2004 - Heute startet die bundesweite Kampagne "Fairness für Kinder". Sie wurde ins Leben gerufen von Aktion Weißes Friedensband. Die Schirmherrin der Kampagne, Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein- Westfalen betonte: "Diese Kampagne ist ganz wichtig, weil sie sich an die Kinder und Jugendlichen wendet und sie zum Handeln animiert."

Die Kampagne verbindet das Thema Kinderarbeit mit dem Fairen Handel. Schülerinnen und Schüler werden aufgerufen, Botschafter eines Projektes gegen Kinderarbeit und Förderer des Fairen Handels zu sein. Zehn Organisationen stellen je ein Projekt gegen Kinderarbeit vor, von denen sich die Jugendlichen eines aussuchen können. Sie erhalten eine Unterschriftenliste und sprechen damit Erwachsene an: Diese sollen den Jugendlichen unterschreiben, in Zukunft zwei fair gehandelte Produkte im Monat zu kaufen. Die Erwachsenen geben mit ihrer Unterschrift einen Euro für das Projekt des Jugendlichen.

Aktion Weißes Friedensband möchte Jugendliche dazu anregen, selbst solche Ideen umzusetzen. Sie bietet Lehrerinnen und Lehrern Informationsmaterial, Unterrichtsvorschläge und Kontakte zu Referenten an. Gemeinsam mit den wichtigsten Fachorganisationen zu Kinderarbeit und Fairem Handel spricht Aktion Weißes Friedensband ab sofort Schulen an, sich zu beteiligen.

Auch Berliner Jugendliche engagieren sich für den fairen Handel. Teilnehmer des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Berlin haben eine Plakette entwickelt, mit der Cafés und Kneipen in Berlin ausgezeichnet werden, die faire Produkte anbieten. Diese Plakette soll den Verbrauchern als Orientierungshilfe dienen und es ihnen erleichtern, sich für faire Produkte zu entscheiden. Am Samstag, dem 8. Mai, findet eine Fahrradtour durch Berlin statt in deren Rahmen die Plaketten verliehen werden sollen. Treffpunkt dafür ist um 14:30 Uhr auf dem Boxhagener Platz in Berlin - Friedrichshain.

## Benzinpreise steigen weiter

### Umsteigen schont Klima und Geldbeutel

ngo-online/05.05.2004 - Angesichts der weiter steigenden Spritpreise empfiehlt der Verkehrsclub Deutschland (VCD) e.V., das Auto stehen zu lassen und auf Verkehrsmittel des Umweltverbundes umzusteigen: Zu Fuß gehen, Fahrrad oder Bus und Bahn fahren seien die adäquaten Antworten auf die Preisschraube der Mineralölkonzerne. Michael Gehrman, VCD-Bundenvorsitzender empfiehlt: "So können Autofahrerinnen und Autofahrer nicht nur ihr Portemonnaie spürbar entlasten, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen Verringerung des Treibhausgasausstoßes leisten."

Nach der jüngsten umfassenden Untersuchung des Verkehrsverhaltens in Deutschland (Kontiv 2002) ist die Hälfte aller Autowege kürzer als sechs Kilometer, fünf Prozent sogar kürzer als ein Kilometer. Gehrman: "Gerade auf Kurzstrecken ist der Treibstoffverbrauch beim Auto besonders hoch, da der Motor noch nicht warm ist.? Gleichzeitig seien das Entfernungen, die man gut zu Fuß, mit dem Rad oder ohne Zeitverlust mit Bus und Bahn zurücklegen könne.

Forderungen nach Senkung oder gar Abschaffung der Ökosteuer erteilt der VCD eine klare Absage. Die Ökosteuer sei zuletzt im Januar 2003 angehoben worden und habe mit der derzeitigen Preisspirale nichts zu tun. Die Spritpreise würden deshalb so stark steigen, weil es auf dem amerikanischen Markt im Frühjahr regelmäßig Engpässe in der Benzinproduktion gibt. Zudem nutzen die Ölkonzerne die Krisenstimmung rund um Irak und Nahen Osten für Sonderprofite auf Kosten der Verbraucher.

Im Gegensatz zu den starken Preisschwankungen am Ölmarkt und den verbraucherfeindlichen Spekulationen der Ölkonzerne sei die Ökosteuer eine fest kalkulierbare Größe mit wichtigen Funktionen: Einerseits entlaste die Ökosteuer Arbeitgeber und Arbeitnehmer über reduzierte Rentenbeiträge um rund 19 Milliarden Euro jährlich. Andererseits fördere sie den Trend zum

Energie- und Spritsparen, was angesichts des drohenden Klimawandels unbedingt geboten sei.

## Wirtschaft & Umwelt

### Waschnüsse als Alternative

#### Nachhaltiges Waschen schützt Umwelt, Gesundheit - und spart Geld

ngo-online/05.05.2004 - Der erste bundesweite Aktionstag für Nachhaltiges Waschen findet am 10. Mai statt. Er soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern bewusst machen, dass sie beim Waschen die Umwelt schützen und zugleich ihre Haushaltskasse entlasten können. Verbraucherinnen und Verbraucher können beim Waschen die Umwelt schonen und zugleich sparen. Waschen bedeutet Umweltbelastung durch Verbrauch von Chemikalien, Energie und Wasser. Es gibt jedoch viele Möglichkeiten, die Umwelt und Gesundheit durch das eigene Waschverhalten weniger stark zu belasten.

Wer clever wäscht, kann die jährlichen Kosten des Durchschnittshaushaltes von 109 Euro auf 54 Euro halbieren. Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die Schirmherrschaft für den Aktionstag Nachhaltiges Waschen übernommen, an dem sich das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt (UBA) beteiligen.

Die Deutschen verbrauchen etwa 630.000 Tonnen Waschmittel jährlich. Umgerechnet sind das fast 8 Kilogramm Waschmittel pro Einwohner. Hinzu kommen noch Weichspüler, Bleichmittel, Wasserenthärter, Fleckentferner und andere Wäschepflegemittel, mit etwa 220.000 Tonnen im Jahr. Wasch- und Reinigungsmittel enthalten Stoffe, die Lebewesen beeinträchtigen können. Neben den bekannten Wirkungen auf die Umwelt, wird auch der Mensch den keimtötenden, reizenden oder sensibilisierenden Wirkungen einzelner Inhaltsstoffe ausgesetzt.

Waschnüsse stellen da eine nennenswerte Alternative dar. Ihre Schale enthält den Stoff Saponin, der ähnlich wie Seife funktioniert. Kommen die Waschnüsse in der Waschmaschine mit Wasser in Kontakt, wird das Saponin herausgelöst und entfaltet dieselbe Wirkung wie herkömmliches Waschmittel.

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Verbraucherinnen und Verbrauchern zwecks Kostensenkung und Umweltschutz die notwendige Waschtemperatur zu beachten. Kochwäsche sollte eine Ausnahme sein. Die Waschmaschine sollte möglichst nur bei voller Beladung waschen. Das spart Waschmittel, Wasser und Energie. Die Vorwäsche ist bei den heutigen Waschmitteln fast immer entbehrlich.

Die empfohlene Waschmitteldosierung sollte auf keinen Fall überschritten werden. Wird auf der Packung zwischen "leicht", "normal" und "stark verschmutzter" Wäsche unterschieden, genügt für Wäsche im Haushalt fast immer die Dosierung für "leicht" oder "normal verschmutzt". Eine Entscheidung für kompakte Color- und Vollwaschmittel oder für Waschmittel im Baukastensystem erspart der Umwelt überflüssige Chemikalien.

Das Waschverhalten hat auch Folgen für die Haushaltskasse. In der Studie "Produktlinienanalyse Waschen und Waschmittel", die das Öko-Institut, Freiburg, 1996 im Auftrag des UBA erarbeitet und im Jahr 2000 aktualisiert hat, wurde das Waschverhalten drei typischer Modell-Haushalte miteinander verglichen: Rund 257 Euro gibt der besonders häufig waschende Modell-Haushalt im Jahr für Wäschewaschen, Trocknen und Bügeln aus. Das ist fast fünfmal so viel wie der clevere Haushalt mit 54 Euro. Der Durchschnittshaushalt gibt jährlich 109 Euro für Wäschewaschen, Trocknen und Bügeln aus.

### Müller - Konzern

#### Umweltstiftung Euronatur kritisiert Millionenförderung

ngo-online/05.05.2004 - Die höchste Agrarsubvention der letzten drei Jahre geht - nach Angaben der Umweltstiftung Euronatur - an die Müller-Milch-Gruppe. Mit weit über 30 Millionen Euro solle der Ausbau des Molkereistandortes im sächsischen Leppersdorf finanziert werden. Die EU begründe die Millionen-Förderung unter anderem damit, dass mit der Erweiterung der Molkerei 144 Arbeitsplätze neu geschaffen würden. Allerdings würde Müller-Milch mit Inbetriebnahme der Erweiterung in Leppersdorf die Standorte in Vienenburg am Harz sowie im westfälischen Amelunxen schließen.

Lutz Rippe, Sprecher von Euronatur erläutert: "Wenn 30 Millionen Euro dafür ausgegeben werden, dass unter dem Strich mehr Arbeitsplätze vernichtet als neu geschaffen werden, dann ist das keine sinnvolle Wirtschaftsförderung, sondern eine Schweinerei."

Rippe fürchtet, dass die Bauern im Oberharz mittelfristig Probleme bekommen werden, ihre Milch zu verkaufen, da die Einsammlung durch weit entfernt liegende Molkereien nicht rentabel sei. Landschaftsbild und natürliche Vielfalt im Oberharz könnten durch einen Rückgang der Milchwirtschaft erheblichen Schaden nehmen.

Die Umweltstiftung Euronatur erinnerte daran, dass Theo Müller, Alleingesellschafter und Chef

bei Müller-Milch erst kürzlich seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt hat, weil ihm die Steuerlast angeblich in Deutschland zu hoch sei. "Auffällig" sei Müller auch beim Deutschen Bauernverband (DBV) geworden, so Ribbe weiter. Der DBV wirft Müller vor, mit seiner Unternehmenspolitik einen unglaublichen Preisdruck auf die Bauern auszuüben. Euronatur fordert daher, dass endlich Schluss ist mit Subventionen, die letztlich zur Zerstörung der Vielfalt in unserer Kulturlandschaft führen. Der Bund der Steuerzahler und die Rechnungshöfe sollten klären, ob solche Zuweisungen überhaupt im Einklang mit geltendem Recht stünden.

## **"Keine Gentechnik auf Sachsen-Anhalts Feldern"**

### **Sonntagsspaziergang zum Gen-Feld fand große Resonanz**

**ngo-online/05.05.2004 - Über 50 Menschen beteiligten sich vergangenen Sonntag am Spaziergang zum Gen-Weizen-Feld in Strenzfeld bei Bernburg. Mitgebracht hatten die TeilnehmerInnen mehrere Transparente, auf denen sie ihrer Ablehnung der Agro-Gentechnik Ausdruck verliehen. Solidarität bekundete das sächsische Bündnis gegen Agro-Gentechnik mit einer Kiste Gentechnik-freier Äpfel. Im Anschluss sammelte das Aktionsbündnis "Keine Gentechnik auf Sachsen-Anhalts Feldern" Unterschriften zur Übergabe an den sachsenanhaltinischen Ministerpräsidenten.**

Der Grund für diesen Protest ist das GVO-Weizenfeld von Syngenta auf dem Gelände der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau. Dort baut der schweizer Konzern genveränderten Weizen an, dem sog. Fusarien-Pilze weniger schädigen sollen. Die dafür genutzte Fläche wurde von Greenpeace vor der Ausbringung des GVO-Saatgutes mit Öko-Weizen bestellt. Somit ist das Feld für die Erhebung von wissenschaftlichen Daten unbrauchbar. Trotz dieser Tatsache setzt Syngenta Mensch und Natur einem unkalkulierbaren Risiko aus: Bisher liegen noch keine umfassenden Erkenntnisse über die Wechselwirkungen sowohl innerhalb der GVO-Pflanzen als auch mit ihrer Umwelt vor, so dass mit unerwarteten Nebenwirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit gerechnet werden muss.

Für kommenden Sonntag, den 9.5. 2004 ruft das Aktionsbündnis "Keine Gentechnik auf Sachsen- Anhalts Feldern" zum nächsten Spaziergang zum Gen-Weizen-Feld auf. Diesmal verbunden mit einer Kundgebung, bei der das Aktionsbündnis auf Risiken und daraus ableitbare Forderungen eingeht. Treffpunkt ist wieder der Eingang der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau in Strenzfeld bei Bernburg um 15 Uhr. Die Sonntagsspaziergänge finden nun wöchentlich statt, mit einer Kundgebung immer am zweiten Sonntag im Monat.

## **Impressum**

**Die Internet-Zeitung ngo-online wird herausgegeben von:**

ngo-online e.V., Vereinsregister VR 2703, Amtsgericht Heidelberg, Schmitthennerstr. 57a, 69124 Heidelberg, Vorstand: Henrik Paulitz

**Im Internet unter:** [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

**Redaktion:** Chefredakteur: Matthias Spittmann (V.i.S.d.P.), Svenja Bergt, Jana Görzdorf, Susanne Harmsen, Nehle Hoffer, Jana Wandrowski, E-Mail: [redaktion@ngo-online.de](mailto:redaktion@ngo-online.de)

**Spendenkonto:** ngo-online e.V., Konto-Nr. 80 001 600, GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, Stichwort: Spende